

Mitteilungen aus unserer Vereinigung = Communications

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université**

Band (Jahr): **29 (2003)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Mitteilungen aus unserer Vereinigung / Communications

1. Vorstandsarbeit

In der letzten Vorstandssitzung, die am 21.10. 2002 in Zürich stattfand, wurden folgende Traktanden mit Vorrang diskutiert:

Zusammenarbeit der Professorenverbände aus Deutschland, Österreich und der Schweiz / Probleme der Universität Schweiz im Zusammenhang ihrer föderalistischen Struktur und der wachsenden Verantwortung des Bundes für die Bildung im Tertiärbereich / Vorschläge für eine Namensänderung unserer Vereinigung / Planung des Jahrgangs 2004 unseres Bulletin / Mitgliederwerbung / Nachfolge im Sekretariat unserer Vereinigung und in der Redaktion des Bulletin.

Die wichtigsten Ergebnisse der Sitzung waren die Festlegung der Bulletin-Themen für 2004 (s. unter 6.) und von Traktanden für die Gespräche des Präsidenten und des Sekretärs mit Staatssekretär Dr. Charles Kleiber, mit dem Direktor des BBW Dr. Gerhard Schuwey sowie mit den Generalsekretären der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) und der Schweizerischen Universitätskonferenz (CUS) Dr. Mathias Stauffacher und Dr. Nivardo Ischi.

2. Gespräche mit den Verantwortlichen des Bundes und der Hochschulkantone

(1) Schaden an der Reputation des schweizerischen Hochschulsystems

- a) Entlassungen an der EPFL (Fall Genske; vorzeitige Versetzungen in den Ruhestand; Assistenzprofessoren: Beförderungen ohne ausreichende Begründung verweigert; Abgang von Prof. Ben Arous (Mathematik).
- b) Rechtsunsicherheit des ProfessorInnenstandes (Kündigungsmöglichkeiten; rückwirkende Änderungen in den Anstellungs- und Ruhestandsbedingungen,)
- c) Demokratische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse in den Fakultäten der EPFL erschwert; zu viel Macht bei den Dekanen.
- d) Die ETHZ scheint die von ihr eingegangenen finanziellen Verpflichtungen gegenüber Forschungsprojekten am CERN (CMS) nicht mehr ausreichend zu erfüllen.

Die Umstände a) und d) sind in den USA und vor allem in Deutschland weit herum bekannt geworden. Die Informationstätigkeit des ETH-Rates und der Schulleitungen der ETHs, insbes. der EPFL, ist ungenügend und sorgt für Unsicherheit und Verwirrung.

(2) Schwerwiegendes, kumuliertes Budgetdefizit an der ETHZ

- a) Verschlechterung der Atmosphäre.
- b) Gefahr eines Abstiegs in die Mediokrität; (fehlendes Geld zum Aufbau neuer Forschungseinrichtungen).
- c) Fehlendes Geld für die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem CERN.
Was sind die Gründe für diese gravierenden Defizite und die resultierende Mittelknappheit? Wer oder was hat sie verursacht? Was wird zur Überwindung dieser Schwierigkeiten (abgesehen von Sparmassnahmen) unternommen?

(3) "Top -> down" versus "bottom -> up"

Tendenziell zu viel "top -> down" Planung von Forschungsprogrammen durch

- den Nationalfonds (Schwerpunktprogramme);
- den ETH-Rat (im Rahmen des Leistungsvertrags und der Leistungsvereinbarungen);
- die Schulleitungen der ETHs ("strategische Erfolgspositionen" zu rasch definiert und vom Zaun gebrochen);
- werden die verschiedenen Gebiete richtig gewichtet? (Beispiel: werden die "life sciences" zu sehr gefördert?). Welche Rolle spielt die Lokalpolitik in der Forschungsförderung?

(4) Fehlender akademischer Nachwuchs in der Schweiz

Der Nachwuchs an hoch qualifizierten jungen SchweizerInnen ist in vielen Gebieten der Natur- und der Geisteswissenschaften zu gering! Bei Professurenbesetzungen stellt man oft fest, dass es keine ausreichend qualifizierte junge KandidatInnen schweizerischer Nationalität gibt. Die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz im Anwerben ausländischer WissenschaftlerInnen, insbes. aus Nordamerika, hat gelitten; (s.auch Punkt (1)!).

Mögliche Gründe:

- Fehlen Erfolg versprechender Karrieren für junge WissenschaftlerInnen im akademischen Bereich (Abwanderung in die Wirtschaft und ins Ausland).
- Zu geringe Präsenz des akademischen Bereichs in den Medien; zu geringe Ausstrahlung in die Öffentlichkeit.
- Der Mittelbau ist zu dünn und wird im Durchschnitt nicht gut genug behandelt; zu wenige stabile Stellen im Mittelbau. Problematik der Nachwuchsassistentenprofessuren des Nationalfonds in experimentellen Disziplinen und solchen mit schlechten Betreuungsverhältnissen; was erwartet Nachwuchs-AssistentenprofessorInnen nach Ablauf ihrer Stelle in der Schweiz?

(5) Problematik der Betreuungsverhältnisse

In vielen geisteswissenschaftlichen Disziplinen (Jurisprudenz, Psychologie, Geschichte ...) und an medizinischen Fakultäten ist der Quotient Zahl der ProfessorInnen : Zahl der Studierenden katastrophal klein. Es fehlt an einem hinreichend breiten, qualifizierten, stabilen Mittelbau, der zur Lösung dieses Problems wirksam beitragen könnte. Der bestehende Mittelbau wird tendenziell unzulässig ausgenutzt.

(6) Finanzierung der kantonalen Universitäten

Funktioniert der interkantonale Finanzausgleich adäquat? Tragen die Nicht-Hochschulkantone genügend viel an die Finanzierung kantonalen Universitäten bei?

(7) Zukunft der kleinen Universitäten in der Schweiz

- Problematik ihrer Konkurrenzfähigkeit; (grosse Unterschiede in den Gehältern und in den Ruhestandsregelungen; unterkritische Fakultäten).
- Hat die Schweiz zu viele Universitäten, oder zumindest zu viele, möglicherweise zu schmale Fakultäten in teuren Gebieten (Naturwissenschaften, Human- und Veterinärmedizin)? Ist ein allmählicher Konzentrationsprozess anzustreben? Fakultäten mit schmalen Angebot an Richtungen sind für die Studierenden nachteilig; (d.h., wenn Konzentration, dann Bildung von Zentren mit breitem Richtungsspektrum!). Werden Universitäten mit schmalen Fächerkanon dem Idealbild einer "Universität" überhaupt noch gerecht?

(8) Problematik der schweizerischen Steuergesetzgebung

Es wäre wünschbar, dass die schweizerischen Hochschulen neue Projekte gelegentlich über Einwerbung von Sponsorengeldern und Mäzenenbeiträgen finanzierten. Es wäre sinnvoll, dass sie über Stiftungsvermögen verfügten. Leider scheint die schweizerische Steuergesetzgebung solche Absichten und Pläne zu behindern -> Revision nötig.

(9) Problematische Rolle des ETH-Rates

Aufgaben und Verantwortungsbereiche des ETH-Rates sind neu zu definieren! Dieser sollte weniger Einfluss auf das operative Geschäft der ETHs haben; sollte mehr unterstützend als bevormundend wirken; sollte mehr ausgleichend als trennend wirken; sollte die Bedürfnisse des ETH-Bereichs in der eidgenössischen Politik tatkräftiger unterstützen.

(10) Anliegen in Sachen VSH

Wenn es gewünscht wird, dass die Dozierenden der schweizerischen Hochschulen im Konzert der Hochschulpolitik, insb. der Beseitigung von Schwächen und Missständen und der Zukunftsplanung, eine gut vernehmbare Stimme haben - und dies ist wohl kaum zu bezweifeln - , dann muss eine Organisation wie die VSH/APU über ein hinreichend stabiles, grosszügiges Budget verfügen können. Kostspielige Aufgaben sind:

- > Herausgabe und Produktion des Bulletin (gelingt z.Zt. nur, weil Prof. Klaus Wegenast diese Aufgabe nahezu gratis erfüllt).
- > Beratung neuer Kolleginnen und Kollegen insbes. aus dem Ausland (wird z.Zt. gratis von K.Wegenast geleistet).
- > Aufbau eines bescheidenen ständigen Sekretariats (Mitgliederwerbung, Einziehen von Mitgliederbeiträgen; Vermittlung von Auskünften, Beratungen und Unterstützung; Schreibarbeiten; Unterhalt eines WEB-sites; Kontakte zu anderen Organisationen im In- und Ausland.

Das Budget zur Erfüllung dieser und anderer Aufgaben kann nicht allein aus Mitgliederbeiträgen gespeist werden > bescheidene Subventionierung durch den Bund erforderlich.

(11) Bachelor-Master (Bologna)

Der Eindruck verfestigt sich, dass der Bologna-Prozess, so wie er z.Zt. implementiert wird, an seinen ursprünglichen Zielen vorbei schießt.

- a) Statt die Mobilität der Studierenden zu fördern, scheint er dieser hinderlich zu sein; (mehr Prüfungen, ambitionöse Bachelor-Studiengänge, Zulassungsbehinderungen zum Masterprogramm...)
- b) Statt mit der Einführung eines Bachelors die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Studienrichtungen im Masterprogramm zu erhöhen (Beispiel: Wechsel theoretische Physik<->Mathematik, Experimentalphysik<->Chemie, Chemie<->Biologie), scheint diese Durchlässigkeit dadurch abzunehmen, dass man das Bachelorprogramm schon mit viel spezifischem Fachwissen und den entsprechenden Prüfungen befrachtet (statt sich im Bachelorprogramm auf die Vermittlung von "basic skills" zu beschränken).
- c) Es wird befürchtet, dass die Einführung des Bachelor-Master Programms den Bedarf an zusätzlichen Professuren verstärkt - resp. die Betreuung der Studierenden verschlechtert - .

3. Mitgliederbeiträge

Wie im vergangenen Jahr ist der Eingang der Beiträge als schleppend zu bezeichnen. Der als "Militär" tätige Sekretär muss 2-3 Mal mahnen, bis alle Beiträge eingegangen sind. Am 15. März waren es immer noch 20 unserer Mitglieder, die ihren Beitrag noch nicht einbezahlt hatten.

In der Anlage zu diesem Heft 1/2003 finden Sie wieder eine Mitgliederrechnung und einen Zahlungsschein. Wir wären für die umgehende Begleichung dankbar. Wir haben 20 Jahre lang keine Beitragserhöhung vorgenommen und deshalb unsere Rücklagen fast völlig aufgebraucht.

Neu beträgt der Mitgliederbeitrag, wie wir im Heft 1/2002 bereits mitteilten, sFr. 50.--.

4. Mitgliederstand

Der Mitgliederstand ist nach wie vor 1100. Im vergangenen Jahr haben sich 31 Damen und Herren dazu entschlossen, unserer Vereinigung beizutreten, und wir haben 28 Mitglieder wegen Wegzug ins Ausland, Emeritierung oder Tod verloren.

5. Arbeit der Kommission "Gymnasium und Universität"

Die Kommission, die aus je 6 Mitgliedern unserer Vereinigung und des Vereins Schweizerischer GymnasiallehrerInnen besteht, hat im vergangenen Jahr in zwei halbtägigen Sitzungen das Problem des Verhältnisses zwischen Gymnasium und Universität vor allem im Blick auf die Anforderungen der Universität an Erstsemestrige und die Wünsche des Gymnasiums an die Universität in Sachen Lehrerbildung und Einführung ins Studium bearbeitet. Wir werden die Ergebnisse dieser Arbeit im Heft 2/2003 dokumentieren.

6. Planung des Jahrgangs 2004 des Bulletin

Auf Vorschlag des Redaktors wurden folgende Themen zur Erörterung im Bulletin vorgesehen:

Heft 1:	Zur Zukunft der Universitäts- und Hochschulbibliotheken der Schweiz
Heft 2/3:	Aspekte der Akkreditierung von Studiengängen im Tertiären Bildungsbereich
Heft 4:	Ein Fach stellt sich vor: Die Humanmedizin

7. Der Fall Genske an der EPFL

Über den Deutschen Hochschulverband, unsere Schwesterorganisation, erhielten wir im Mai 2002 eine Anfrage, ob wir Näheres über die Nicht-Wiederwahl eines Lausanner Kollegen besässen, über die der Deutsche Hochschulverband durch einen zugesandten Artikel für seine Mitgliederzeitschrift orientiert worden sei. Unser Generalsekretär Prof. Wegenast nahm mit dem Präsidenten der EPFL, Prof. Patrick Aebischer Verbindung auf und bat um Auskunft über das Verfahren der Nicht-Wiederwahl von Prof. Genske und vor allem über die Gründe derselben, nicht nur im Zusammenhang mit dem Artikel, sondern auch, weil unser Verband als Vertreter der Hochschullehrerschaft ausländische Bewerber um Lehrstühle in der Schweiz kompetent beraten will. Ihm wurde nicht durch Herrn Präsident Aebischer, sondern durch einen Mitarbeiter des ETH-Rates eine Auskunft zuteil, die sich aber rein formal auf das Verfahren einer Nicht-Wiederwahl beschränkte und es ihm nicht ermöglichte, die Stichhaltigkeit der Darstellung des an den Deutschen Hochschulverband gelangten Artikels zu überprüfen, sie allenfalls zu widerlegen oder auch nur durch Ergänzungen zu nuancieren.

Unter den gegebenen Umständen ermunterten wir den Deutschen Hochschulverband zur Veröffentlichung des Artikels in der Hoffnung, die Geheimnistuerei der zuständigen Stellen würde darauf ein Ende finden: Mitnichten. Der Vorwurf des Betroffenen, er habe selbst nichts von Gründen gehört, die eine Nicht-Wiederwahl notwendig erscheinen liessen, ist nach wie vor nicht widerlegt. Inzwischen hat sich die Tagespresse des Falles angenommen, die NZZ und DIE ZEIT berichteten ausführlich. Leserzuschriften in grosser Zahl äusserten Unbehagen, ja Befremden über die Informationspolitik von EPFL und ETH-Rat. Im Zusammenhang mit unserer Beratungstätigkeit werden wir immer wieder auf den Fall Genske hingewiesen.

Es ist unseres Erachtens an der Zeit, dass die EPFL "Ross und Reiter" nennt, die Gründe der Nicht-Wiederwahl bekannt gibt und sich darum bemüht, das gestörte Vertrauen in den Hochschulplatz Schweiz wieder herzustellen. Wenn wir weiter auf kompetenten Zuzug aus dem Ausland für unsere Hohen Schulen hoffen wollen - und die Schweiz besitzt in nicht wenigen Fachbereichen keinen eigenen Nachwuchs - , kann es so nicht weitergehen. Im Zusammenhang mit Ereignissen wie dem von Prof. Genske Nicht-Wiederwahl lauert die Gefahr, dass potentiell an einem Lehrstuhl in der Schweiz Interessierte davon abgehalten werden, sich zu bewerben.